



Ercheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Moders u. Rodgors 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatlich 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatlich 1.20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gedr. 4.02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Eslerstr. 11.  
Verlag: Thurner Zeitung, = Grenzprediger Nr. 46.  
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmidt in Thorn.  
Für Anzeigen verantwortlich: Max Baumbach in Thorn.  
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thurner Ostdeut. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgepalte Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 30 Pf., für Anzeigen mit Bildschrift 40 Pf. Kleinen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

### Zum Abbruch der Verhandlungen mit den Polen.

Berlin, 20. März. (Dr.) In der Note, die Bolschaster Noulens in Posen dem Vorsitzenden der deutschen Unterkommission von Rechenberg über den Abbruch der Verhandlungen mitteilt, heißt es:

Die deutsche Regierung hat die Lösung schon lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Abmachungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat zuerst ihre Delegierten unter dem Hinweis zurückgerufen, mit ihnen zu beraten, und hat sie dann ohne genügende Weisungen zurückgeschickt. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihrem zuständigen Vertreter dem General von Dommers, unterfertigt hat, das Abkommen zu unterzeichnen, welches unter seiner Mitwirkung redigiert worden war. Die militärischen Behörden scheinen es danach abzulehnen, mit der Zivilgewalt einig zu gehen. Die interalliierte Kommission kann sich nicht länger zu einer Taktik hergeben, die die Absicht durchblicken läßt, den Verpflichtungen auszuweichen, welche sich für die deutsche Regierung aus dem Artikel 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 18. 2. 19 ergeben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendet und wird Posen heute abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachrichtigt und wird im Benehmen mit Eurer Excellenz alle Maßnahmen treffen, welche die Abreise der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen.

Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt: Diese Note des Bolschaster Noulens geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Darf die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vornherein dem Gegner die Wehrhaftigkeit in der Oberkommission zugestand, die endgültige Entscheidung über das persönliche Schicksal der Deutschen und Polen restlos in die Hände der Alliierten legen? Das dürfte die deutsche Regierung nicht, deshalb blieb sie bei ihrem Vorschlag und wies ihre Unterhändler, die in allen sonstigen Fragen freie Hand hatten, streng an, in diesem einzigen Punkte auf jede Gefahr hin fest zu bleiben.

### Von der deutsch-polnischen Front.

Bromberg, 20. März. (Dr.) Aus Richtung auf den Maschinenengewehrfeuer auf unsere Polen. Sonst nichts Besonderes.

### Aufkunft deutscher Schwerverwundeter aus englischer Gefangenschaft.

8. März, 20. März. (Dr.) Gestern nachmittag traf auf dem Deutzer Bahnhof ein weiterer englischer Lazarettzug mit 354 schwerverwundeten kriegsgefangenen Deutschen ein. Sie wurden in zwei Lazarettzügen nach Hannover und Eilenach weiter geleitet.

### Weitere Ablieferung von U-Booten an die Entente.

Hamburg, 19. März. (Dr.) Ein weiterer Transport von 10 U-Booten verließ heute den Hamburger Hafen, um an die Entente übergeben zu werden.

### Bedenkliche Forderungen deutscher Seeleute.

Berlin, 19. März. (Dr.) Eine kleine Gruppe radikaler Seeleute, im deutschen Seemannsbund organisiert, trat an die Reeder mit der Forderung heran, die Sätze des Tarifvertrages um 50% zu erhöhen. Würde dieser Forderung nicht nachgegeben, so würden die deutschen Schiffe nicht ausfahren. Der deutsche Seemannsbund suchte die Arbeitswilligen von der Anwerbung fern zu halten. Sie versammelten sich in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen und forderten die Seeleute auf, sich nicht anwerben zu lassen. Dieses Verhalten des deutschen Seemannsbundes schädigt nicht nur das deutsche Volk auf das aller schwerste, es setzt auch die deutschen Seeleute der Gefahr aus, daß sie auf ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von den Alliierten herunter genommen werden.

# Der Kampf um die Ostmark.

Die Ereignisse in der preußischen Provinz Posen haben jedem eindeutig gezeigt, daß wir ostmärkischen Deutschen nicht mehr Herr im eigenen Hause sind. Ueber Nacht ist an der Grenze unseres Landes ein neues Staatswesen entstanden, das Polenreich. Den Beschlüssen der Friedenskonferenz vorliegend, haben bewaffnete Bänder und reguläre Truppen dieses neuen Volksstaates Gebiete besetzt, die nach unserer Meinung unbestritten zu uns gehörten, und von gegnerischer Seite bemüht man sich, in allen möglichen Tonarten diesen ausgesprochenen Gewaltakts als einen unpolitischen Ausbruch des allgemeinen Volkswillens darzustellen. Zwar erheben die deutschen Ansiedler und alleingewesenen Deutschen in den bislich der sogenannten „Demarkationslinie“ gelegenen Gebieten den schärfsten Einspruch gegen die polnischen Gewaltmaßnahmen, doch können ihre Stimmen das Geschrei der national-polnischen Presse und Agitatoren nicht überhören. Sie verhalten sich neutral und feindlichen Auslandes ungehörig. Die deutschen Zeitungen Posens werden vom Obersten polnischen Volksrat verboten, wenn sie polnische Frauennamen mit einem „i“ als Schlußbuchstaben schreiben (siehe Verfügung des Obersten Polnischen Volksrates zu Posen betr. Schließung der Zeitungen „Posener Tageblatt“ und „Ostdeutsche Warte“). Bei den Friedensverhandlungen sind polnische Vertreter anwesend und „finden Aufmerksamkeit“ (s. Gazeta Torunska v. 15. 2. 19 Nr. 36), und die neutrale Presse sowie die der Entente ist voll von Notisaren der „bedrängten Polen.“ Es ist daher nur natürlich, wenn das Ausland über die Verhältnisse an der ehemaligen Ostgrenze des deutschen Reiches ganz einseitig, d. h. in dem allein den Polen günstigen Sinne unterrichtet ist und wird; denn von einer Darlegung des deutschen Standpunktes, der doch wohl auch seine Berechtigung hat, findet sich in der ausländischen Presse nichts oder so gut wie nichts, und selbst das Inland hat keine Vorstellung davon, wie es in der Ostmark zugeht.

Unter äußerst geschickter Zusammenstellung von Tatsachen und ausgiebiger Benützung der „polnischen Logik“ haben es die Polen sogar fertig gebracht, ostmärkische Deutsche von der Berechtigung ihrer großpolnischen Bestrebungen zu überzeugen. Lockende Versprechungen (s. das polnische Flugblatt in deutscher Sprache „Wann Danzig polnisch wäre“ und „Gazeta Gdanska“ Nr. 46 vom 26. 2. 19 „Aussichten auf eine baldige Versöhnung der Deutschen in Danzig mit dem neuen System der politischen Verhältnisse“) und Drohungen werden nicht gespart, um den leichtgläubigen deutschen Mittel- und Kleinstädtern zu bearbeiten, bis er, bloß „um sei Ruh“ zu haben, nachgibt und zu allem Ja und Amen sagt. Die deutschen Nationalschwächen: geringes völkisches Bewußtsein und eine gewisse Abneigung, selbst nachzudenken und seine eigene Persönlichkeit zu behaupten, werden von den Polen geschickt ausgenutzt, um ihre Sache zu fördern. Selbst vor Gewaltakten scheuen sie nicht zurück, in Gebieten, in denen sie die Macht in Händen haben. (S. die Vorgänge in Posen.) Die Polen wissen auch ganz genau, daß der ewig unentschiedene und irgendwas befürchtende Deutsche nur in seltenen Fällen die Kraft findet, sich aus sich selbst heraus aufzuraffen und den großpolnischen, mehr oder minder gut maskierten Bestrebungen entgegenzutreten, und darauf sowie auf die Möglichkeit einer etwaigen Ueberrumpfung mit Gewaltmitteln baut der Pole seinen Plan für Westpreußen und die übrige Ostmark. Wer die Polen einigermaßen kennt, weiß daß sie sich in ihren Handlungen durch Verträge oder Eide nicht als gebunden betrachten, und deshalb dürfen wir uns nicht allzusehr auf die neuen „Waffenstillstandsverträge“ mit den polnischen Heerführern verlassen. Außerdem glimmt es in unseren

Heimatlände unter der Oberfläche fort — unbemerkt und doch nie ganz erlöschend — so oft auch der eine oder andere Brandherd unschädlich gemacht wird. (S. in der „Thorner Zeitung“ vom 9. 1. Nr. 58, Konitz. Die Notiz über einen Streifzug nach Altonia, der erhebliche Waffenfunde bei dortigen polnischen Einwohnern zutage förderte.) Außerlich harmlose polnische Gesang-, Jugend- und Bürgerwehr-, Krieger- und Turnvereine sind, wie aus ihren Sätzen hervorgeht, ausgesprochene Kampforganisationen, die urplötzlich ihr Haupt erheben würden, sobald sie genügend mit Kriegsmaterial versorgt sind.

Von all diesen Gefahren hat der größte Teil unserer deutschen Volksgenossen keine Ahnung, und wenn er's sieht, macht er beide Augen zu, weil er für sich und seine Angehörigen oder sein „Geschäft“ fürchtet. Biersch aber sagt er sich: „I wo, das wird alles nicht so schlimm sein —“ und schenkt den nur zu berechtigten Warnungen keinen Glauben.

Die Vorgänge in Posen haben gezeigt, daß wir ostmärkischen Deutschen nur auf uns selbst gestellt sind, daß wir machtlos sind, wenn wir uns zur Abwehr der polnischen Bestrebungen nicht fest zusammenschließen. Der feste Zusammenschluß aller Deutschen ist aber nur möglich und erfolgreich, wenn die noch beiseite stehenden Deutschen von der unabweisbaren Notwendigkeit des engsten Zusammenschlusses und der Abwehr der polnischen Übergriffe und Agitationen überzeugt sind, wenn ferner jeder Deutsche zu der Einsicht gekommen ist, daß es nicht genügt, nur deutsch zu sprechen und zu fühlen, sondern daß jeder Tag und jede Stunde jeden Einzelnen unter uns deutschen Ostmärkern vor immer neue Aufgaben stellt, die wir praktisch lösen müssen, kurz gesagt: wenn jeder Deutsche auch deutsch handelt.

Aus dem vorher Gesagten ergibt sich also von selbst, daß die Bestrebungen der durch die deutschen Volksräte bezw. Vereinigungen Zusammengeschlossenen nicht dahin gehen, die Polen im Sinne der alten Ostmarkenpolitik zu bekämpfen, sondern daß unsere gegenwärtigen Aufgaben auf einem ganz anderen Gebiete liegen. Unsere Mittel, den großpolnischen Bestrebungen entgegenzutreten, sind nicht Gewalt und Ausnahmegefetze, es sei denn, daß es sich um berechtigte Notwehr handelt. Was wir erstreben wollen und müssen ist der Zusammenschluß und die Aufklärung aller ostmärkischen Deutschen, ihre Erziehung zu bewußtem Deutschtum der Tat, um so geeint, unser letztes Ziel verwirklichen zu können: der polnischen Heuchelei auf Schritt und Tritt die Maske vom Gesicht zu reißen und uns unser Selbstbestimmungsrecht zu wehren. Nur so wird es uns gelingen, allen Anschlägen zum Trotz die Ostmark dem Deutschtum zu erhalten.

### Zur polnischen Frage.

Berlin, 19. März. (Dr.) Wie dem „Berl. Lok-Anz.“ aus Oppeln berichtet wird, hat der ehemalige polnische Abgeordnete Seyda über die polnische Frage nach einer Meldung des Pariser Berichterstatters des „Kurjer Warszawski“ sich dahin geäußert, daß die polnische Frage sich „etappenweise“ (1) entwickelt. Die Frage betreffend Teschen und Posen ist bereits zugunsten der Polen entschieden. Jetzt wird die Frage Danzig und Lemberg behandelt. Auch diese Frage befindet sich auf gutem Wege. Die Aussicht, daß Lemberg an Polen fällt, ist sehr günstig. Die 3. und letzte Etappe bildet die Frage der östlichen Grenze. Eine nach Osten geleitete Unternehmung des polnischen Heeres kann als Anerkennung, sogar Dankbarkeit der Koalition rechnen.

### Zum Abbruch der Posener Verhandlungen.

Berlin, 19. März. (Dr.) Der Abbruch der Posener Verhandlungen wurde von Seiten der Entente in einer in französischer Sprache abgefaßten Note mitgeteilt, in der der Standpunkt der Alliierten ausführlich dargelegt wird. Der authentische deutsche Wortlaut dieser Note wird von der Waffenstillstandskommission morgen vormittag veröffentlicht werden.

### Der deutsche Volksrat Westposens gegen Reichsminister Erzberger.

Unter dem 20. 2. 19 hat Reichsminister Erzberger in einem Telegramm an den deutschen Volksrat in Tirschkelegel, Kreis Meseritz, erklärt: hätte die Ostmark meinen seit mehreren Monaten geäußerten dringenden Wünschen auf eigene Organisation militärischer Verteidigung entsprochen, wäre anderes Resultat erreicht worden.

Hierin erblickt der deutsche Volksrat Westposens einen nicht berechtigten Vorwurf. Die Westkreise der Provinz Posen, darunter auch Meseritz, haben unmittelbar nach dem 10. November 1918 mit der Organisation von deutschen Volksräten begonnen und sich dann zu einer Vereinigung „Volksrat Westposen“ zusammengeschlossen. Die übrigen Kreise der Provinz Posen sind diesem Beispiel gefolgt. Eine militärische Organisation war damals nicht möglich, weil der zum großen Teil polnische Arbeiter- und Soldatenrat alle derartigen Versuche verhinderte. Zudem wurde ein großer Teil der militärischen Ausrüstungsgegenstände, Waffen und Bekleidung, in verschwenderischer Weise den zur Entlassung kommenden Truppen meist polnischer Nationalität mitgegeben, so daß die Aufstellung eines freiwilligen Heimatschutzes unmöglich wurde.

Bereits Ende November 1918 war der ehemalige Vorsitzende des deutschen Volksrates Westposens bei der Regierung wegen eines militärischen Schutzes für die Provinz Posen vorfällig geworden. Die Regierung ließ die Verhältnisse durch den Minister Ernst und den Unterstaatssekretär v. Berlach prüfen. Auf diese Prüfung erfolgte aber absolut nichts, weil sich die beiden genannten Herren, wie der Beweis gelehrt hat, von den Polen vollständig täuschen und hinter das Licht führen ließen.

Als nun die polnische Invasion begann, setzte eine starke Werbetätigkeit für Freiwillige zum Heimatschutz von Seiten der deutschen Volksräte ein. Durch die Soldatenräte wurde diese Werbetätigkeit aber wiederum erheblich beeinträchtigt, indem an die sich meldenden Freiwilligen nur ganz unzureichend Ausrüstungsgegenstände ausgegeben bzw. ganz verweigert wurden. Durch unrichtige Angaben über Ausrüstung und Hinterbliebenenfürsorge wurden viele Freiwillige zur Rückkehr veranlaßt. Erst als die Polen bereits einen großen Teil der Provinz Posen besetzt hatten und von dem besetzten Kreise Neutomischel einen Vorstoß gegen den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Posen machten, wurde endlich von der Regierung, in der auch Herr Erzberger saß, ein Grenzschutz bewilligt, dem viel Freiwillige aus den bedrohten Gebieten der Provinz Posen angehören. Jetzt setzte auch eine dankenswerte Unterstützung durch die Soldatenräte ein.

Hiernach ist von Seiten der deutschen Volksräte Westposens alles nur Mögliche getan worden, einem Vordringen der Polen vorzubeugen. Der Rat Herrn Erzbergers auf militärische Organisation ist von den deutschen Volksräten demnach wohl zu befolgen versucht worden, allein die mangelnde tatkräftige Unterstützung der Regierung und der Mangel an Waffen und Ausrüstungsgegenständen haben diese Versuche zunichte gemacht.

## Aus dem Sitzungsbericht der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa vom 18. März.

Berlin, 19. März. (Dr.) Die Entente hatte, wie bereits mitgeteilt, angekündigt, daß sie über Hamburg auf dem Elbwege und über Mannheim durch die Eisenbahn Lebensmittel nach Prag befördern werde. In einer Note teilte der deutsche Vorsitzende den Alliierten heute mit, daß die Lebensmittel nur über Hamburg auf der Elbe nach Prag befördert werden könnten. Für die Transporte auf dem Wasserwege werde Deutschland die Verantwortung bis zur Grenze übernehmen, ausgenommen für solche Verluste, bei denen ein deutsches Verschulden nicht vorliege. — General von Hammerstein erhob in einer Note förmlichen Einspruch dagegen, daß die Gegner während der letzten Zeit Forderungen an Deutschland in der Weise übermitteln, daß kurzerhand eine Entscheidung der alliierten Regierungen in der betreffenden Frage mitgeteilt würde.

Auf die deutschen Vorschläge zur Beschleunigung des Postverkehrs mit den deutschen Kriegsgefangenen in den Ententeländern teilten die Alliierten mit, die Frage der verspäteten der an die deutschen Gefangenen in Frankreich gerichteten Briefe werde geprüft. — Entsprechend dem deutschen Ersuchen hat Frankreich sich bereit erklärt, das heimzu-befördernde Sanitätspersonal nach Köln zu leiten und die Ankunft 6 Tage vorher mitzuteilen.

Berlin, 19. März. (Dr.) Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa hat gestern Abend eine Note überreicht, in der es heißt: Nach englischen Blättermeldungen hat Lord George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Zur selben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen Pichon in der wöchentlichen Pariser Pressekonferenz erklärt, daß die Alliierten sich in keine Auseinandersetzung über den Frieden mit den Deutschen einlassen werden. Der Reichsminister des Auswärtigen und ich als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission ersuchen um baldige Aufklärung, ob diese Meldung der englischen und französischen Presse als zutreffend angesehen werden müsse.

### Vom Obersten Kriegsrat des Verbandes.

Paris, 18. März. (Havas) Der oberste Kriegsrat beschäftigte sich hauptsächlich mit der endgültigen Festlegung des Textes der Bedingungen, die Deutschland hinsichtlich seines Heeres, Flotten und Flugwesens auferlegt werden sollen. Der vom Redaktionsausschuß der Alliierten verfaßte Wortlaut wurde angenommen. Bekanntlich ist darin die Abrüstung Deutschlands vorsehen, wonach es seine militärische Organisation auf allen Gebieten zwei Monate nach Unterzeichnung der ihm auferlegten Bedingungen anzupassen hat. Die Zahl von 100 000 Mann für ein ständiges Heer wird beibehalten, desgleichen das System der freiwilligen Rekrutierung auf zwölfjährige Dienstzeit, ferner die Abschaffung der Rüstungen, der Kriegsbetriebe, der Kriegsflotte und des Militärflugwesens. An dem Entwurf werden nur Abänderungen von untergeordneter Bedeutung vorgenommen werden, deren wichtigste in der Vereinfachung der militärischen Hilfsmittel für die Rüstung Deutschlands besteht.

### Der Kieler Kanal und die deutschen Kabel.

Paris, 18. März. (Dr.) Nach dem Bericht über die diplomatische Lage sind die beiden Fragen der deutschen Kabel und des Kieler Kanals noch zu regeln. Es handelt sich darum, ob die deutschen Kabel freigegeben oder unter die Alliierten verteilt werden sollen, und ob der Kieler Kanal unter der Bedingung, daß die Befestigungen geschleift werden, Deutschland verbleibt oder ob die Durchfahrt internationalisiert werden soll. Es scheint, daß die Verteilung der Kabel unter die Alliierten und die Einrichtung einer internationalen Verwaltung ähnlich wie beim Suezkanal ins Auge gefaßt werden soll. Beide Fragen sollen in wenigen Tagen entschieden werden.

### Warum der Kaiser nach Holland ging.

Berlin, 18. März. Aus dem Großen Hauptquartier aus Kolberg erhalten wir folgende Mitteilung:

B. S.-An., den 17. März 1919.

### Warum der Kaiser nach Holland ging.

Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit wieder vermehrt mit der Frage, warum der Kaiser nach Holland ging, beschäftigt. Um falscher Beurteilung vorzubeugen, bemerke ich zur Sache kurz folgendes:

Als am 9. November der Reichskanzler Prinz Max von Baden die Abdankung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ohne dessen

vorherige Einverständniserklärung veröffentlichte, war das deutsche Heer nicht geschlagen, aber seine Kräfte schwanden dahin, während der Feind frische Massen zu weiteren Angriffen bereitstellte. Der Abschluß des Waffenstillstandes stand unmittelbar bevor. In diesem Augenblick höchster militärischer Spannung brach in Deutschland die Revolution aus. Die Aufständischen bemächtigten sich im Rücken des Heeres der Rheinbrücken, wichtiger Magazine und Verkehrswege. Dadurch wurde die Zuführung von Munition und Verpflegung gefährdet, während die Bestände der Truppen nur noch für wenige Tage ausreichten. Die Etappen und Eskadronen lösten sich auf. Auch über die Zuverlässigkeit des eigentlichen Feldheeres liefen ungünstige Meldungen ein.

Angesichts dieser Lage war eine friedliche Rückkehr des Kaisers in die Heimat nicht mehr denkbar. Sie konnte nur noch an der Spitze seiner Truppen erzwungen werden. Der völlige Zusammenbruch Deutschlands war dann unvermeidlich; hätte sich doch zum Kampf mit dem zweifellos nachdrängenden äußeren Feinde der Bürgerkrieg gesellt.

Der Kaiser konnte sich ferner nur deshalb den Truppe begeben, um an deren Spitze in einem letzten Angriff den Tod zu suchen. Auch dadurch wäre der vom Volke heiß ersehnte Waffenstillstand hinausgeschoben und das Leben vieler Soldaten nutzlos geopfert worden.

Der Kaiser konnte endlich außer Landes gehen. Er wählte diesen Weg im Einverständnis mit seinen Räteberatern nach unendlich schweren Seelenkämpfen lediglich in der Hoffnung, dadurch dem Vaterlande am treuesten zu dienen, Deutschland weitere Verluste, Not und Elend zu ersparen, ihm Frieden, Ruhe und Ordnung zurückzugeben. Daß der Kaiser sich in diesem Glauben geirrt hat, ist nicht Schuld Seiner Majestät!

### Solfs „Vermächtnis.“

Es ist auffällig still in der englischen und französischen Presse über das Schicksal der deutschen Kolonien geworden. Umso mehr haben wir Anlaß, ununterbrochen unser unveräußerliches Recht an dem Besitz von Kolonien zu betonen. Wir brauchen sie als Siedlungsland, als Erzeugungsquelle für unsere Rohstoffe. Aber die Menschheit hat auch ein Interesse daran, gerade Deutschland nicht aus der Reihe der Kolonialvölker auszuscheiden. Die kolonialisatorische Fähigkeit der Deutschen ist der des Briten zum mindesten ebenbürtig. Beweis dafür sind die Leistungen der deutschen Auswanderer in Übersee, besonders in den Vereinigten Staaten, aus dessen wirtschaftlicher und geistiger Entwicklung der deutsche Einschlag überhaupt nicht wegzudenken wäre. Ein wertvolles Rüstzeug für die kolonialpolitischen Kämpfe bietet das politische Vermächtnis des früheren Staatssekretärs W. H. Solfs, das unter dem Titel Kolonialpolitik bei Reimar Hobbing in Berlin erschienen ist. Es soll vornehmlich zur Aufklärung des deutschen Volkes über Wesen, Zweck und Ziel der Kolonialpolitik dienen. Es zerstreut Zweifel, es festigt den Glauben an unsere kolonialpolitische Mission, es stärkt aber auch den Willen, die Teilnahme an dieser Aufgabe uns von Niemand rauben zu lassen.

### Die kommenden Reichssteuern.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Vorbereitung der neuern Steuern des Reichs ist nunmehr so weit gefördert, daß damit begonnen werden kann, die einzelnen Entwürfe je nach ihrer Fertigstellung dem Staatsauschuß zu überreichen, damit sie möglichst schnell von da an die Nationalversammlung gelangen. Das ist um so mehr erstrebenswert, als es dringend erwünscht erscheint, auch in finanzieller Hinsicht die Kriegswirtschaft abzubauen und aus dem Schwebezustand eines überaus stark angespannten Kredits zu einer energischen Abbildung der Reichsschulden und gerechten Verteilung der Steuerlasten überzugehen. Zunächst werden den Staatsauschuß die Entwürfe einer Kriegsabgabe für 1919, einer Vermögenswachstumssteuer, einer Kapitalertragssteuer, einer Grundbesitzabgabe, einer Vergnügungssteuer, einer Tabaksteuer und einer Spielkartensteuer beschäftigt; zu ihnen wird unter anderem der Entwurf einer Erbschaftssteuer in kurzem hinzutreten. Weitere Entwürfe werden allmählich folgen, und das ganze Werk soll durch die große Vermögensabgabe gekrönt werden. Ueber die Verteilung der steuerlichen Belastung ist, wenn man nach dem voraussichtlichen Ertrage der einzelnen Steuern urteilt, zu sagen, daß sie eine ganz überwiegend direkte sein wird. Während die indirekten Abgaben nur eine vergleichsweise geringfügige Rolle spielen werden.

### Gesetzentwurf

### über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben.

Berlin, 19. März. (Dr.) Die Sozialisierungskommission hat der Reichsregierung den Entwurf eines Rahmengesetzes über Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben überreicht, nach welchem den Gemeinden das Recht der

Kommunalisierung für eine Reihe von Wirtschaftszweigen zugesprochen wird, ohne an staatliche Genehmigung gebunden zu sein. Die Ausübung dieses Rechts ist an die Genehmigung der Landeszentralbehörde geknüpft, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen und zu weitgehende Beschlüsse der Gemeinden zu verhindern. Solange eine einheitliche Regelung durch das Reich noch aussteht, soll das zur Durchführung der Kommunalisierung erforderliche Enteignungsrecht gegen Entschädigung den Gemeinden verliehen werden.

### Stadttheater.

Goldfische Lustspiel in vier Akten von Franz Schöndhan und Gustav Kadelburg. — Der Name der modernen Stücke ist meistens von irgend einem Nebenumstande hergenommen und läßt daher keinen Schluß auf den Inhalt zu. Im vorliegenden Falle handelt es sich ausnahmsweise wirklich um das, was damit angedeutet ist: um reiche Witwen und Mädchen, „Goldfische“, nach denen eifrige Liebhaber ihre Neze auswerfen. Endergebnis: drei Verlobungen. Im Mittelpunkt des ganzen steht der leichtsinnige Schuldenmacher Wolf von Pöschlar-Benzberg, der sich zunächst durch eine große Erbschaft zu retten hofft. Die Felle ihm zu, wenn seine Verwandte, die Witwe Josephine von Pöschlar, zum zweiten Male heiratete; denn dann ginge sie zu seinen Gunsten ihres Erbes verlustig. So wollte es der Erblasser. Da die Witwe aber nirgends anbeißt, sucht sich Wolf von Pöschlar in seiner Verzweiflung selbst eine goldene Braut. Kaum hat er sie gefunden, so verliert die schöne Josephine ihr Herz an einen schneidigen Leutnant und damit zugleich ihr Geld. Zu spät! Die ganze Geschichte ist recht lustig, wenn man sich auch nicht vorstellen kann, daß sie sich in Wirklichkeit so abspielte. Man sieht zu deutlich die Drähte, an denen die lähngewandten Verfasser des Stückes ihre Figuren hin- und herführen. Zu sehr geht alles wie am Schnürchen. Aber man unterhält sich gut, und das ist für die meisten Leute die Hauptsache. Herr Friedrichs, zu dessen Gunsten die Vorstellung vor ausverkauftem Hause stattfand, hatte in der Rolle des Wolf von Pöschlar einen vollen Erfolg, der ihm außer dem Beifall auch Ehrengaben eintrug. Unter den übrigen Mitwirkenden ragte vor allem Fr. Molnar hervor, die der vielumworbenen Witwe von Pöschlar die nötige Anziehungskraft verlieh. Diese Frau zu erobern, war dem schneidigen Hufarenleutnant befohlen, den Herr Blank, getreu der alten Uebersetzung, in der vorrevolutionären Form darstellte. Fr. Hempel sei als Mathilde von Roswitz, Herr Henckels und Fr. Prüfer als drittes Brautpaar (Maler Roland und Emmy Winter) genannt. Um den guten Gesamteindruck machte sich Herr Marshall als Spielleiter verdient. — id.

### Aus Stadt und Land.

Thorn, 20. März 1919.

### Die städtischen Körperschaften gegen die Zerstückerung und Abtretung Westpreußens an Polen.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig beschlossen, folgenden Funkspruch in englischer Sprache an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Wilson, der sich zur Zeit in Paris befindet, zu richten:

Herr Präsident!

Die schwerer Sorge um die Zukunft unserer Provinz Westpreußen erheben die städtischen Körperschaften der alten Handels- und einstigen Hanfsaßstadt Thorn nachdrücklich und feierlich Einspruch gegen die Pläne der Zerstückerung und Abtretung Westpreußens an Polen.

Die kräftigste Beilegung des Punktes 13 Ihres der Welt vorgeschlagenen und vom deutschen Volke angenommenen Friedensprogramms wäre es, wenn Westpreußen und in Sonderheit das Gebiet unserer alten Stadt zu den Ländern gerechnet würde, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt werden. Von dem deutschen Ritterorden gegründet, hat unsere Stadt in fast 7 Jahrhunderten durch alle Zeiten und Stürme stets ihren deutschen Charakter gewahrt, wird noch heute zu  $\frac{1}{3}$  von Deutschen bewohnt, 90 v. H. ihrer Gewerbetreibenden sind Deutsche, 94 v. H. ihres Grundbesitzes liegt in deutscher Hand, Kultur, Aufschwung und Blüte des Landes sind allein der Jahrhundertlangen mühsamen Arbeit der Deutschen zu verdanken.

Den Volksgenossen polnischer Zunge ist durch die neue Verfassung Deutschlands Gleichberechtigung und das Recht auf nationale Eigenart gewährleistet. Den Polen aber unser Land anzuliefern, würde mit der von Ihnen verkündeten Gerechtigkeit und dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbar sein. Der von allen für die Zukunft heiß ersehnte Frieden kann unmöglich eintreten, wenn die Deutschen gezwungen würden, die Früchte ihrer jahrhundertlangen Kulturarbeit herzugeben.

Wir sind der zuversichtlichen Hoffnung, daß Sie Herr Präsident, solches Unrecht nicht zugeben werden.

Wir sind deutsch und wollen deutsch bleiben!

Thorn, den 19. März 1919.

Der Magistrat: Die Stadtverordneten:

Dr. Haffe. Ed. Ritter.

— Verlegung von Truppenteilen. Das „Armee-Berordnungsblatt“ meldet die Verlegung folgender Truppenteile und Bezirkskommandos: Landwehr-Inspektion Posen nach Liegnitz, die Bezirkskommandos Kosten nach Neusalz a. D., Ostrowo nach Namslau, Posen nach Liegnitz, Rawitsch nach Steinau a. D., Samter nach Schwerin a. W., Schrimm nach Grünberg in Schlef., Schroda nach Lauban. Außerdem wurden verlegt: Stab 8, Infanterie-Brigade von Gnesen nach Schneidmühl, Infanterie-Regiment Nr. 49 von Gnesen nach Köslin, Nr. 140 von Hohenalza nach Neustettin, Dragoner-Regiment Nr. 12 von Gnesen nach Bromberg, 2. Abteilung Feldartillerie-Regiments Nr. 35 von Hohenalza nach Bromberg, die Bezirkskommandos Gnesen und Hohenalza nach Köslin und Bromberg.

— Wie schreibt man an die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Sibirien? Briefe und Karten sind zu richten an: die Kriegsgefangenenhilfe des Schweizer Vereins vom Roten Kreuz in Bern, Essinger Straße 1c. Der deutsche Hilfsverein in Stockholm 2 befördert lediglich Karten. Sie müssen mit vollständiger Anschrift des Absenders und letzter bekannter Anschrift des Empfängers versehen sein. Die Anschriftsseite ist nur für die Anschrift bestimmt. Die rechte Seite derselben muß frei gelassen werden, damit der Verein die Anschrift in russischer Sprache anbringen kann. Karten an Kriegsgefangene sind portofrei. Der Hilfsverein versendet nur an folgende Gebiete: Primorska (Küstengebiet), Amurgebiet, Gebiet Transbaikalien, Gouvernement Irkutsk, Gouvernement Jenissejsk, Gouvernement Tomsk und Gouvernement Semipalatinsk, nicht aber nach dem übrigen Sibirien und nicht nach dem gesamten europäischen Rußland. Nach Angabe des französischen Generals Rudant am 9. März 1919 regelt sich der Postverkehr mit Sibirien wie folgt: Die Briefschaften aus Deutschland an die Kriegsgefangenen sind an das schwedische Konsulat zu richten, die deutsche Post aus Sibirien wird über das ausländische Zensurbureau, Wladivostok, geleitet. Die Zahl der in Sibirien internierten Kriegsgefangenen beläuft sich nach Mitteilung Rudants auf 1060 Offiziere und 15 238 Mann, welche sich auf die Gegend von Omsk, Irkutsk und Krasnojarsk verteilen. Nach unkontrollierbaren Zeitungsnachrichten befördert jetzt auch wieder das dänische Rote Kreuz Postsendungen. Einer Privatnachricht zufolge kann man Geldsendungen nach Sibirien durch den Christlichen Verein junger Männer, Berlin, Museumstr. 5, schicken. Doch sind solche Sendungen wenig empfehlenswert, da der Kurs zu niedrig und der Aufenthaltsort der Gefangenen zu unsicher ist.

— Politische Heeresorganisation in Westpreußen. Die „Gazeta Torunska“ (Thor) vom 9. März enthält sich darüber, daß der Danziger Regierungspräsident den Eintritt in polnische Kriegervereine verboten habe und sagt darauf wörtlich: „So sieht also jene goldene Gleichstellung in der deutschen Republik unter dem Schutze der sozialistischen Flügel aus.“ — Auch dem harmlosesten Gemüt dürfte klar sein, was es mit einem polnischen Kriegerverein in Westpreußen für eine Bewandnis hat. Will ein Soldat polnischen Stammes gesellige Kameradschaftlichkeit pflegen, so steht ihm jeder Kriegerverein offen. Der deutsche Kriegerverein kennt nicht Polen und Deutsche, sondern nur Kameraden. Der Pole sucht aber in seinem Kriegerverein etwas ganz anderes. Der polnische Kriegerverein ist nicht anders als eine verteilte polnische Heeresorganisation, die wehrfähige Männer sammelt und eingezieht bis der Augenblick gekommen ist, in dem der Aufruf auf das Kommando aus Polen losbricht. Auf diese Weise, aus Sokols, Skouts und Schützengruppen ist das polnische Heer in Polen zustande gekommen. Auf gleiche Weise soll die Armee Haller erst geschaffen werden. Nur so könnte die Zurückdrängung der deutschen Truppen in Polen erfolgen. Damit hat Deutschland eine bittere Lektion empfangen. Die Spuren schreien. Ein deutscher Beamter, dem Wohl und Unversehrtheit seines Bezirks anvertraut ist und der die kaum verheilte Bildung eines feindlichen Heeres im eigenen Lande duldet, wäre ein Dummkopf oder ein Verbrecher. Jede Regierung ob sozialistisch oder nicht, muß sich gegen Feinde zur Wehr setzen, wenn sie sich nicht ihr eigenes Grab graben will.

— Keine Herabsetzung der Zuckerration. Die Lage der Zuckerversorgung ist namentlich infolge des starken Rückganges der Erzeugung äußerst gespannt. Es besteht die begründete Hoffnung, daß die Räte des Verbrauchszuckers für die Bevölkerung nicht herabgesetzt zu werden braucht. In Ausnahmefällen wird es notwendig werden, Rohzucker zu verteilen. Für die Herstellung von Marmelade bzw. Konfitüre ist nicht genügend Zucker vorhanden, um die Verteilung von Brotaufstrich im bisherigen Umfange bis zum Ende des Wirtschaftsjahres festzusetzen. Die Zuweisung von besonderen

Mengen Einmachzucker wie in den Vorjahren kann nicht in Aussicht gestellt werden.

Die Grenzpolizei D. R. Thorn schreibt uns: Zu dem Artikel in Nr. 65 der „Thorner Zeitung“ erklärt die Grenzpolizei, daß der Artikel nicht von ihr stammt. Selbstverständlich werden sämtliche Besuche beantwortet, ob sie Erfolg haben oder nicht. Allerdings ist der hiesige Abschnitt besetzt. Die Besuche sind aber zur anderweitigen Verwendung an den Feldpolizeidirektor beim D. R. Grenzschutz Nord, Barlenstein gegangen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. beschlossen, die Schwimm-anstalt des Pionierbataillons 17 zum Preise von 6000 Mk. anzukaufen. Die übrigen Vorlagen wurden antragsgemäß angenommen mit Ausnahme der Vorlage über die Festsetzung der Beamtensoldat, die vertagt werden mußte, weil der Haushaltsplan noch nicht im Druck erschienen war.

Der Zweigverein Thorn des Evangelischen Bundes veranstaltet Sonntag, den 23. März, 5 Uhr in der Neustädtischen Kirche einen Vortragsabend. Den ersten Vortrag: „Die Vorbereitung der Kirche für die kommende Aenderung des Verhältnisses zum Staate“ wird Herr Kaufmann Ed. Kittler halten, den zweiten: „Was habe ich von meiner Kirche und was bin ich ihr schuldig“ Herr Mittelschullehrer Karau. Jeder evangelische Christ wird zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Im Verein Frauenwohl, dem „Parteilosen Verein für die staatsbürgerliche Erziehung der Frau“, hielt am Mittwoch Herr Oberlehrer Carstenn einen Vortrag über „Psychologische Berufsberatung“. Der Vortragende bezieht sich auf 2 Fragen als grundlegend: 1. Wie werden für einen bestimmten Beruf die besten Kräfte ausgesucht? 2. Wie wird für einen bestimmten Bewerber der beste Beruf ausgesucht? An einzelnen Beispielen und in größeren Zusammenfassungen wurde gezeigt, wie die wesentlichen Berufserfordernisse mit

möglichst wissenschaftlicher Schärfe festgelegt und wie bei den Bewerbern eine möglichst zutreffende Charakteristik ihrer Berufseignung geschaffen werden kann. Der Vortrag war gut besucht.

Einführung der Sommerzeit. Die Reichsregierung beabsichtigt die Sommerzeit vom 28. April an wieder einzuführen.

Ohne elektrischen Strom war die Stadt heute bis in die Nachmittagsstunden. Ursache: Kohlenmangel. Infolgedessen hatte unser Zeitungsbetrieb mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Weil die Sechsmaschinen stillstehen, mußte unter anderm der Bericht über die gestrige Stadtverordnetenversammlung zurückbleiben.

Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle. Freitag, den 21. März 1919: Meist heiter, Nachtfrost, dauernd kälter.

h Culmsee. Erschossen. Durch unvorsichtiges Umgehen mit einer Schußwaffe entlud sich diese, wobei der Schuß eine Eisenbahnschaffnerin traf, die sofort tot niedersank.

In Alarmbereitschaft befand sich am 16. und 17. März der hiesige Grenzschutz. Man munkelte hier von einem plötzlichen Angriff der Spartakisten, denen Polen beispringen wollten, um den Grenzschutz zu entwandern. Bis jetzt sind noch die hiesigen Volksschulen geschlossen. Höchstwahrscheinlich wird der Unterricht in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werden können, denn die Volksschulen werden vom Grenzschutz geräumt.

x Culm. Kein Gas. Infolge Erschöpfung der Kohlenvorräte hat die städtische Gasanstalt ihren Betrieb wiederum einstellen müssen, weshalb die Stadt ohne Licht ist. Neugründung. Auch für den Kreis Culm hat sich ein Zweigverein zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen gebildet, dessen Vorsitzender Professor Dr. Malotka ist.

Königsberg. In den Ruhestand tritt nach 42jähriger verdienstvoller Tätigkeit mit dem 1. April der Leiter der landwirtschaftlichen

Versuchstation des Landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg und Direktor des Untersuchungsamts der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen, Professor Dr. Georg Klien.

Stolz. Ein schwerer Unfall ereignete sich bei dem hiesigen Fliegerhorst, bei dem ein im Felde bewährter Flugzeugführer den Tod fand und sein Begleiter leicht verletzt wurde. Das Flugzeug, das für eine Grenzschutzstaffel bestimmt war, stürzte bald nach dem Start ab. Ob ein Versagen der Maschine oder Versehen des Führers vorliegt, ist noch nicht einwandfrei geklärt.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 21. März 1919. Altstadt, evangl. Kirche. Abends 6 Uhr: Passionsandacht. Herr Pfarrer Lic. Freitag. St. Georgenkirche. Abends 6 Uhr: Passionsandacht. Herr Pfarrer Heuer. Evangel. Kirchengemeinde Seglein. Nachm. 3 Uhr: Leidengottesdienst. Herr Pfarrer Franz.

Standesamt Thorn.

Vom 17. bis 19. März 1919. Sterbefälle: Hauseigentümerfrau Bertha Pastowski geb. Hinz 65 J. Telegraphen-Gehilfin Gertrud Winkler 31 J. 9 M. Kanonier Arbeiter Johann Dreppa 46 J. 10 M. Kutscher frau Theresie Haje geb. Lange 38 J. 2 M. Lehrer Jozef Brodecki 21 J. 7 M. Arbeiterfrau Franziska Wisniewski geb. Trzemska 53 J. 9 M. Chrentraud Baumgart 4 J. 2 M. Arbeiter-witwe Auguste Loehst geb. Fengler 53 Jahre 1 Monat.

Neueste Nachrichten.

Beisetzung der Lichtenberger Opfer des letzten Spartakistenputsches. Berlin, 19. März (Dr.) Laut „Berliner Lokal Anz.“ fand gestern nachmittag unter

großer Beteiligung die Beisetzung der fünf Lichtenberger Polizeibeamten, die bei den letzten Unruhen in der Ausübung ihres Dienstes gefallen sind, auf dem städtischen Friedhofe in Lichtenberg statt. Heute wird auf dem Friedhof in Plohsensee der Kriminalwachmeister Tappert aus Lichtenberg beigelegt, der von den Aufhauern scharflich mißhandelt und dann erschossen worden ist.

Zur Lage in Odessa.

London, 19. März (Dr.) Das Reuterbüro erfährt, daß nach amtlichen Nachrichten, die aus London eingetroffen sind, die Lage in Odessa kritisch ist. Die Nachricht, daß die Stadt tatsächlich von den Alliierten geräumt wurde, wurde bisher weder bestätigt noch dementiert.

Arbeitslosigkeit in englischen Baumwollspinnereien.

Rotterdam, 19. März (Dr.) Der „Times“ zufolge ist die Lage in den Baumwollspinnereien in Lancashire kritisch. Ungefähr 60 v. H. der Arbeiter sind ohne Arbeit. Dies wird der großen Steigerung der Löhne zugeschrieben, die es Lancashire unmöglich machen, zu den von den Abnehmern gebotenen Preisen zu liefern.

Völlige Demobilmachung in Frankreich?

Bern, 19. März (Dr.) Nach Progres de Lyon beschloß die Regierung, die französischen Neuwahlen für die Parlamente usw. im Laufe des Juli stattfinden zu lassen. Das gestattete den Rückschluß, das man mit einer völligen Demobilmachung aller Klassen der Reserve, des aktiven Heeres bis 30. April rechnet. Der Lhoner Nowelliste erfährt hierzu, das bis zum 15. April 2,7 Millionen französische Soldaten ins Zivilleben zurückgekehrt sein werden.

Verordnung.

Für den Gemeindebezirk Thorn verordne ich gemäß der mir nach § 12 der Bekanntmachung zum Schutze der Mieter vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1141) erteilten Ermächtigung, der Landeszentralbehörde auf Grund des § 6 daselbst, was folgt:

§ 1. Vermietet von Wohnräumen können ein Mietverhältnis rechts-wirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Mieteinigungsamtes kündigen.

§ 2. Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Mieteinigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Marienwerder, den 5. November 1918.

Der Regierungspräsident.

J. B.: Dumrath.

Bekannt gegeben Thorn, den 15. März 1919.

Das Mieteinigungsamt.

Der Grühwurstverkauf

findet nur Sonnabends von 8 Uhr früh ab in einzelnen in jeder Woche bekanntgegebenen Fleischläden statt.

am 22. März 1919

in den Fleischverkaufsstellen:

Jasinaki, Altstädtischer Markt | Jordan, Mellisenstraße  
Bredo, Gerechtestraße | Kurovski, Culmer Chaussee  
Nowinski, Sobelstraße | Schinauer, Grandenzerstraße

Die Verkaufsstellen werden wöchentlich der Reihe nach gewechselt. Es können an jeden Haushalt, je nach Größe, 1 bis 2 Pfund abgegeben werden.

Die Verkaufsstellen sind angewiesen, nur an ihre eingetragenen Kunden Grühwurst zu verkaufen. Thorn, den 19. März 1919.

Der Arbeiterrat. Der Magistrat.



Freiwillige aller Dienstgrade und aller Truppengattungen für Grenzschutz und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stellt ein das

Festungs-Freitropps Thorn.

Mobile Löhnung und Verpflegung, 5 Mark Tageszulage. Bedingungen: Ordnungsmäßige Militärpapiere, gute Disziplin, regierungstreue, vaterländische Gesinnung. Meldungen schriftlich oder persönlich bei der Werbeabteilung des Festungs-Freitropps Thorn, Wrangel-Kaserne. Der Gouverneur: gez. von Grodeck, Generalmajor.

Freiwilligen-Batterien

stellt das Infanterie-Regiment Nr. 11 in Thorn auf.

Mobile Löhnung und Verpflegung, 6 Mark Tageszulage, Familienunterstützung. Bedingungen: regierungstreue, vaterländische Gesinnung, gute Manneszucht, ordnungsmäßige Militärpapiere. Meldungen auch schriftlich an Infanterie-Regt. 11, Thorn. Auswärtige erhalten Vergütung der Fahrt, müssen sich aber Ausweise zur Beschaffung einer Militärfahrkarte vom zuständigen Bezirkskommando, Bahnhofskommandantur oder entsprechender Behörde ausstellen lassen. — Mitgebrachter Entlassungsantrag wird vergütet.

Männer Westpreußens, tretet ein zum Schutz Eurer bedrängten Heimat!

Alle Eifer, gleichgültig von welchem Dienstgrad und Jahrgang, ob Kanonier oder Fahrer, stellt Euch in aller Treue und Zuversicht hinter Ehere alten Führer!

1. Westpreussisches Infanterie-Regiment Nr. 11, Thorn.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für Tanz- u. Anstandslehre wieder auf. Neueste Tänze. Der nächste Kursus beginnt am Freitag, d. 21. März, abends 7 Uhr im Hotel „Drei Kronen“ Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steiner erbeten. Hans Held, Lehrer der Tanzkunst, Altfl. Markt 12 III.

Grenzschutz Ost für Westpreußen!

Freiwillige vor!

In die Freiwilligen-Kompagnie des 1. Gr. Inf.-Regts. 176 werden noch Freiwillige — auch ungediente militärfähige Mannschaften — eingestellt. Mobile Löhnung und Verpflegung, freie Bekleidung. — 5 Mark Tageszulage.

Bürger Thorns und Westpreußens, Kameraden, tut Eure Pflicht als deutsche Männer, eilt herbei, unsere schöne Weichselstadt u. unsere Grenzen zu schützen.

Freiwilligen-Kompagnie 1. Gr. 176 Wilhelm-Kaserne, Zimmer 56, westlich. Meldung von 10-12 Uhr.

Alleinvertauf.

Für geschäftigen hochaktuellen Gebrauchsartikel der Möbelbranche soll die Alleinniederlage für Thorn vergeben werden. Fabrikation erfolgt durch eine der größten Holzbearbeitungsfabriken Deutschlands. — Es wird auf die zu entrichtenden Lizenzgebühren eine Anzahlung von 1000 Mark verlangt. Geeignete Bewerber — möglichst mit Verkaufsladen — wollen gefl. Angebote richten unter J. R. 7288 an Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19.

Torfsteckmaschinen

liefert Maschinenfabrik F. Eberhardt, Bromberg.

Zu äusserst günstigen Preisen sofort ab unserm Lager lieferbar: Maschinöl-Destillate Prima Motoren-Saltdampf und Heißdampf Zylinderöle Deutsche Rückstands- und Teerfettöle Maschinen-, Wagen-, Leder- und Kuffette, ferner sämtl. technische Bedarfsartikel der Heberlandzentrale Westpreußen G. m. b. H. Marienwerder Wpr. Fernruf 870/75.

Hausfrauen! Ausländische Kern-Fettseife Grenzwäßig verzollt in Kiegeln à 11 Mark empfiehlt F. R. Rausch Nachfolger, Thorn-Moeder, Königstraße 27.

